Von jetzt an wird länger gearbeitet

Die Rente mit 67 ist da. Wer dieses Jahr in den Ruhestand geht, merkt es. Frührentnern drohen hohe Abschläge. Es ist die wichtigste Rentenreform seit fast 100 Jahren.

Von Leonie Seifert

Stolze 114-mal hatte die „Bild“-Zeitung das Thema während der vergangenen fünf Jahre in den Schlagzeilen. „Deutsche trauen Rente nicht“, schrieb das Blatt. „Jedem 2. droht Altersarmut“, warnte es – und fragte: „Kann man von dieser Rente leben?“

Das allein zeigt schon, welche Aufregung die Rente mit 67 in der Bevölkerung auslöst. Das Thema ist so heikel und emotionsbeladen wie kaum ein anderes in der Wirtschaftspolitik. Von diesem Jahreswechsel an wird die Rente ab 67 Schritt für Schritt eingeführt. Wer früher aufhören möchte zu arbeiten, dem drohen hohe Abschläge. In der Geschichte der Rente ist das eine Zäsur.

Im Streit um die Rente gibt es zwei Lager. Auf der einen Seite stehen Gewerkschaften, Linkspartei und Teile der SPD. Sie argumentieren seit Jahren gegen die Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Für die meisten Menschen sei es gar nicht möglich, so lange zu arbeiten. Der tatsächliche Rentenbeginn liegt bei durchschnittlich 62 Jahren. Eine Erhöhung des Rentenalters sei damit faktisch eine massive Rentenkürzung. Der demographische Wandel werde überschätzt, die steigende Erwerbstätigkeit sorge für genügend Beitragszahler.

Die andere Seite argumentiert so: Die Deutschen leben immer gesünder, werden älter und bekommen länger Rente. Statistisch hat jeder Senior bei Renteneintritt eine Lebenserwartung von 19 Jahren, im Jahr 2050 werden es 23 Jahre sein. Das ist länger als jemals zuvor. Als die Rentenversicherung 1889 unter Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt wurde, lag die gesetzliche Altersgrenze zunächst bei 70 Jahren, 1916 wurde sie auf 65 Jahre herabgesetzt. Die Deutschen bezogen im Schnitt längst nicht so lange Rente wie heute.

Parallel zu dieser Entwicklung nimmt die Kinderzahl ab. Deshalb müssen über den Rentenbeitrag künftig immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner finanzieren. Schon bald kommen nur noch zwei Erwerbstätige auf einen Ruheständler, irgendwann wird das Verhältnis bei eins zu eins liegen. Draufzahlen müssten die Jüngeren. Die Rente mit 67 soll für Generationengerechtigkeit sorgen. Die fünf Wirtschaftsweisen fordern sogar, dass man künftig erst mit 69 Jahren in Rente gehen darf. Ginge es nach Michael Hüther, Direktor des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), müsste die Erhöhung des Rentenalters bis auf 70 Jahre weitergehen. „Anders wird die gesetzliche Rentenversicherung nicht mit der steigenden Lebenserwartung und der schrumpfenden Bevölkerung zurechtkommen“, sagt Hüther.

Laut Karl Brenke, Arbeitsmarktexperte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, passen die Veränderungen durch die Anhebung des Renteneintrittsalters ganz gut zur deutschen Gesellschaft. „Viele Menschen wollen länger arbeiten“, sagt Brenke. Ein Viertel der 60- bis 64-Jährigen hat momentan einen Job, Tendenz steigend. Außerdem würden Unternehmen zunehmend in Ältere investieren, etwa mit Fortbildungsmöglichkeiten oder betrieblichem Gesundheitsschutz. Brenke erwartet, dass mit der gesetzlichen Anhebung des Rentenalters auch der faktische Eintritt in den Ruhestand weiter hinausgeschoben wird.

Von jetzt an gilt: Für alle, die vor 1947 geboren und daher schon im Ruhestand sind, ändert sich an der Rentenhöhe nichts. Alle anderen müssen von nun an länger ins Büro oder an die Werkbank, um eine Rente ohne Abschläge zu bekommen. Die Änderung vollzieht sich schrittweise bis 2029. Wer 1947 geboren ist, muss einen Monat länger arbeiten. Bis zum Jahr 2023 wird die Lebensarbeitszeit jedes Jahr um einen weiteren Monat verlängert, danach in Zweimonatsschritten. Der Geburtsjahrgang 1964 ist dann der erste, der bis 67 arbeiten muss.

Eine sehr sachte Erhöhung sei das, sagt Hüther vom IW, und durchaus zumutbar. Und anders als oft behauptet nimmt die Anhebung des Rentenalters nicht zwei Jahre Lebenszeit weg. Der Münchner Ökonomieprofessor und Altersforscher Axel Börsch-Supan hat ausgerechnet: Bis die Rente mit 67 voll wirksam ist, leben wir mindestens drei Jahre länger. Unterm Strich gewinnen die Versicherten also sogar ein Jahr bezahlten Ruhestand.

Wer ab dem kommenden Jahr früher mit der Arbeit aufhören will, muss höhere Abschläge hinnehmen als bisher. Schon seit 1997 verringert sich die Rente für Arbeitnehmer, die vor der gesetzlichen Grenze in den Ruhestand gehen. Bis dahin war es möglich, vom 60. Geburtstag an ohne Einbußen aufzuhören. Künftig können erst 63-Jährige in Rente gehen - unter der Bedingung, dass sie 35 Jahre lang in eine Rentenversicherung eingezahlt haben.

Die Abzüge sind dann abhängig von Geburtsjahr und Renteneintrittsalter. Der Rentenanspruch schrumpft mit jedem Monat, den ein Versicherter vorzeitig in Rente geht, um 0,3 Prozent – bis zum Lebensende. Im Jahr macht das einen Abzug von 3,6 Prozent. Maximal bedeutet das bei einem Renteneintritt mit 63 Jahren ein Minus von 14,4 Prozent, wenn die Rente mit 67 vollständig gilt.

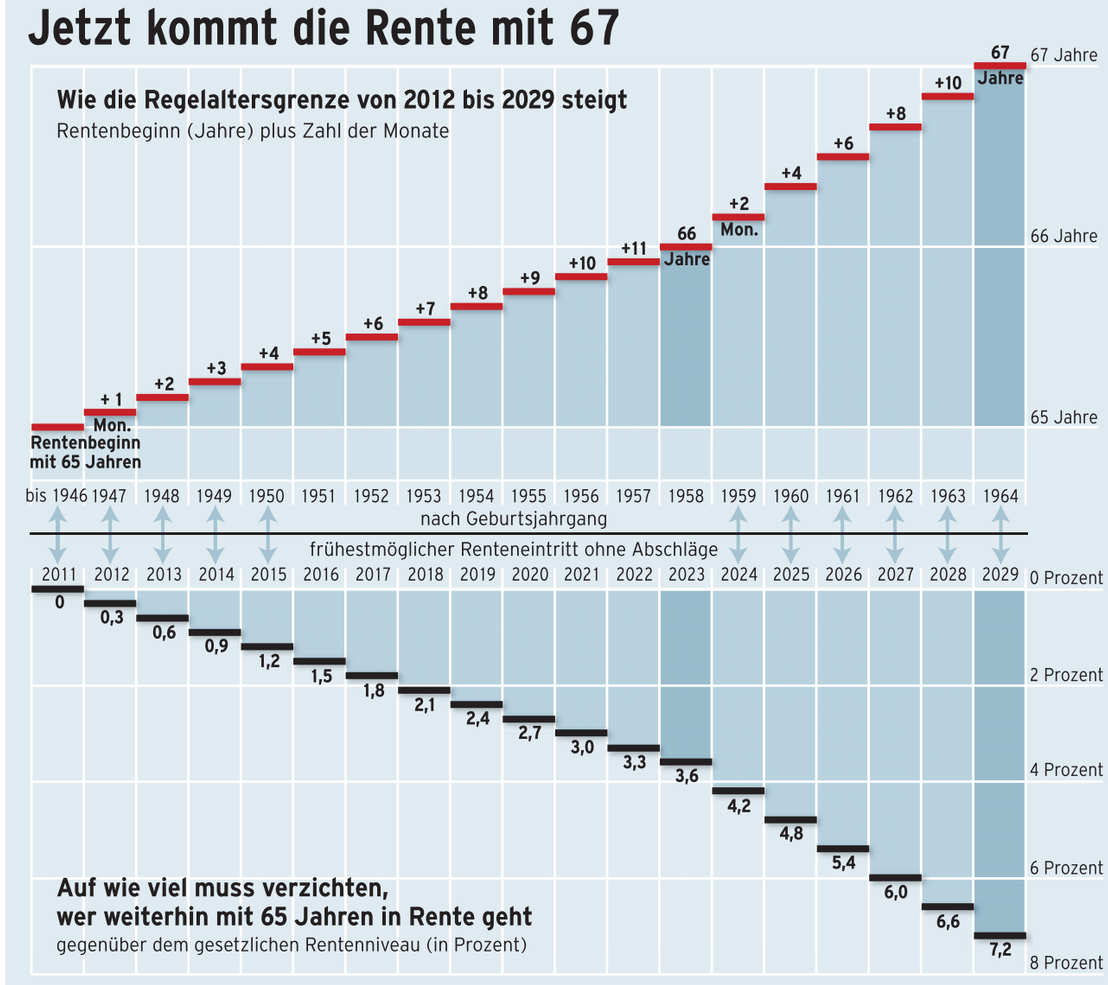
„Das ist eigentlich richtig, da diese Personen schließlich auch kürzer einzahlen und länger die Rente beziehen“, sagt Ernst Kistler, Professor am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie. Es sei jedoch ungerecht, dass Menschen mit sehr anstrengenden Jobs weitermachen müssten, weil sie sonst im Alter hohe Abschläge zu verkraften hätten. Betroffen seien davon vor allem Beschäftigte mit geringen Einkommen.

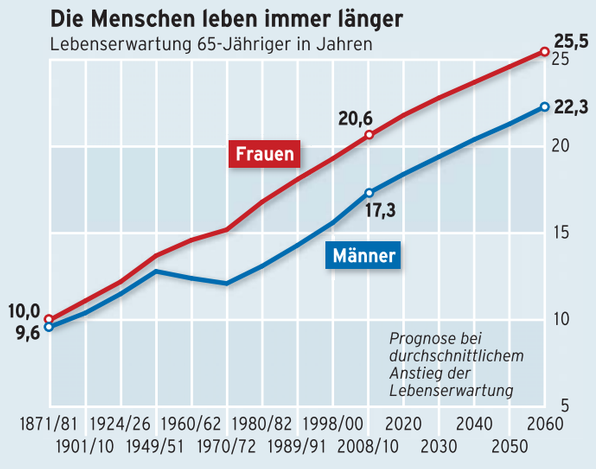
Besonders drastisch wirken sich die Rentenabschläge bei Menschen aus, die eine Erwerbsminderungsrente bekommen, weil sie nicht mehr arbeiten können. Etwa 640 Euro erhalten solche Rentner durchschnittlich pro Monat. Wer wegen einer körperlichen oder psychischen Krankheit bis zum 63. Lebensjahr ausscheidet, muss schon bisher mit Abschlägen bis 10,8 Prozent rechnen. Nun steigt allerdings die Altersgrenze für diese Personengruppe auf 65 Jahre. Sie gilt künftig auch für Schwerbehinderte.

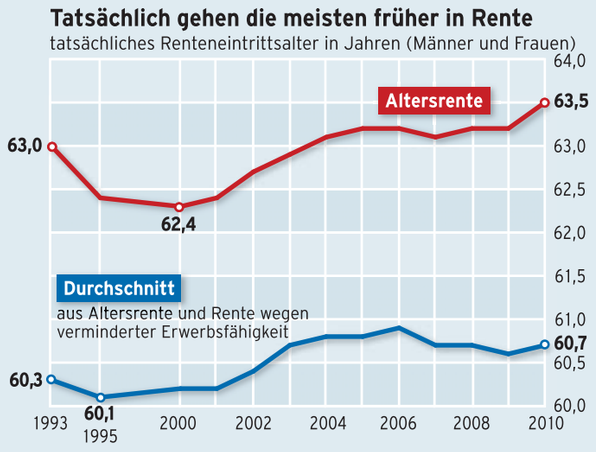
Im Zusammenhang mit den jüngsten Zahlen der Deutschen Rentenversicherung ist das die eigentlich alarmierende Änderung. Bei den Neurentnern mit Erwerbsminderung erhöhte sich der Anteil der Menschen, denen Geld abgezogen wird, seit 2001 von 39,7 Prozent auf 96,3 Prozent im Jahr 2010. Sozialverbände fürchten, dass diese Gruppe künftig noch höhere Abschläge hinnehmen muss. „Wenn nun zwei Jahre fehlen, rutschen noch mehr Erwerbsminderungs-Rentner mit höchster Wahrscheinlichkeit unter die Armutsgrenze“, sagt auch Experte Kistler. Bei den übrigen Arbeitnehmern nahm im vergangenen Jahr immerhin fast jeder Zweite Abzüge in Kauf, weil er nicht bis zum 65. Geburtstag arbeiten wollte. Im Durchschnitt bekamen diese Frührentner pro Monat 113 Euro weniger.

Nur eine Gruppe kann künftig ohne Verluste in den vorzeitigen Ruhestand gehen: Menschen, die 45 Versicherungsjahre vorweisen können. Zu den 45 Jahren zählen neben den Beitragszahlern auch Zeiten von Wehr- und Zivildienst, Kindererziehung und Pflege.

Jetzt kommt die Rente mit 67







Quellen: DRV; DIA; Statistisches Bundesamt / F.A.Z.-Grafik Brocker

Deutsche Bank

Marktausblick 2012 – wissen, wo es langgeht

Wie entwickelt sich das Wachstum der Weltwirtschaft, meistern Europa und die USA die Schuldenkrise und was bedeutet das für den privaten Anleger?
Lesen Sie jetzt den aktuellen Marktausblick 2012 von Dr. Ulrich Stephan, Chef-Anlagestratege für Privat- und Geschäftskunden der Deutschen Bank.

Leistung aus Leidenschaft

Bestellen Sie noch heute kostenlos den Jahresausblick 2012 und zwei weitere Ausgaben des Investment-Journals PERSPEKTIVEN.

www.deutsche-bank.de/perspektiven

Sechs Prozent zur Seite legen

Wie man seine Rente privat sichert

VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL

Die Rente mit 67 ist nichts anderes als eine Rentenkürzung – „wie man es auch dreht und wendet“, sagt Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaft in Freiburg und einer der führenden deutschen Rentenexperten. „Wenn man in Zukunft mit 65 in Rente gehen will, muss man einen Abschlag von 7,2 Prozent in Kauf nehmen.“ Und wenn man zwei Jahre länger arbeite und zwei Jahre weniger Rente bekomme, erhalte man in Summe auch 7,2 Prozent weniger.

„Diese Rentenkürzung ist nicht die erste und nicht die größte“, sagt Raffelhüschen. „Sondern einer von drei Reformschritten.“ 2001 seien die Renten von der Entwicklung der Nettolöhne abgekoppelt worden. „Das machte etwa so viel aus wie die Reform heute.“ 2003 sei der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt worden. „Das war ein noch größerer Schritt als der jetzt.“ Und 2007 habe der Bundestag die nun in Kraft tretende Regelung für die Rente mit 67 beschlossen.

Insgesamt ist dadurch das Rentenniveau, das man mit seinen Beiträgen erreicht, gesunken. „Vor den Reformen lag die Rente bei 52 oder 53 Prozent des Bruttoeinkommens“, sagt Raffelhüschen. „Jetzt liegen wir noch bei 48 Prozent.“ Und für die Jahre 2035 bis 2040 komme man auf ein Rentenniveau zwischen 39 und 41 Prozent.

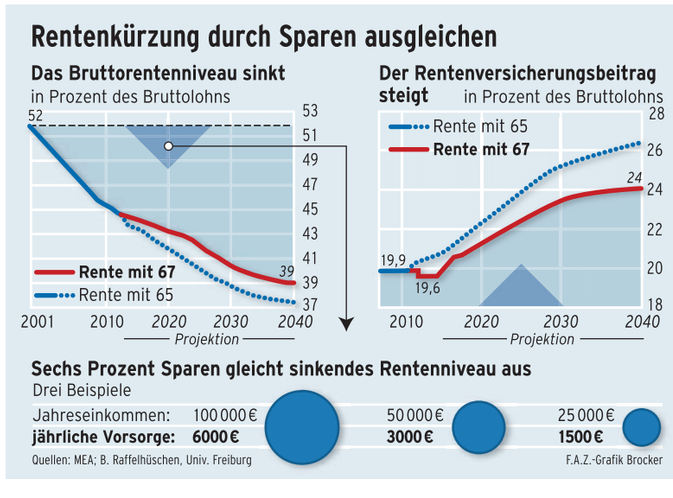
Die Idee der Reform ist ausdrücklich, dass die Menschen statt dessen privat vorsorgen sollen. Allerdings werden dadurch viele Jahrgänge doppelt belastet. Die Rentenbeiträge, die jetzt wegen der guten Wirtschaftslage ausnahmsweise von 19,9 auf 19,6 Prozent gesenkt wurden, dürften in den nächsten Jahren weiter steigen – weil immer weniger junge Menschen immer mehr Ältere ernähren müssen.

Der Münchener Ökonom Axel Börsch-Supan hat in einer Simulation errechnet, dass der Beitrag dank der jetzt eingeleiteten Reformen bis 2040 „nur“ auf etwa 24 Prozent steigen wird. Ohne die Reform wäre er seinen Kalkulationen zufolge auf mehr als 26 Prozent gestiegen.

Wer die Kürzungen der gesetzlichen Rente durch private Vorsorge ausgleichen will, sieht sich Berechnungen mit vielen Variablen gegenüber. Er muss klären, wie viel Geld er im Alter benötigt, wie er wohnen will, welche sonstige Vorsorge er etwa über eine Betriebsrente betreibt, wie viel gesetzliche Rente er bekommen dürfte – und wie viel er überhaupt zu sparen in der Lage wäre. Einen groben Anhaltspunkt, wie viel dabei herauskommt, können Vorsorgerechner im Internet bieten, etwa unter www.fmh.de oder www.biallo.de.

„Eine Faustformel ist bei uns in der Wissenschaft, dass man etwa sechs Prozent seines Einkommens sparen muss, um die Zumutungen des Staates durch die letzten drei Rentenreformen auszugleichen“, sagt Raffelhüschen. „Das ist aber nur ein ganz grober Maßstab.“ Raffelhüschen zufolge funktioniert diese Faustformel sogar weitgehend unabhängig vom Geburtsjahrgang der jeweiligen Person. „Die heute schon älteren Leute sparen dadurch im Endeffekt weniger an, dafür treffen sie die Folgen der Reform bei der gesetzlichen Rente auch weniger.“ Umgekehrt sei es mit den heute jüngeren Menschen. „Die trifft die volle Wucht der Reformen – dafür sammeln sie durch die längere Ansparzeit mit Zins und Zinseszins auch mehr an als die älteren.“

Anders als viele Skeptiker sieht Renten-Professor Raffelhüschen nicht die Gefahr, dass auf diese Rentenreform bald die nächste folgen muss. „Strukturell ist jetzt zumindest fast alles in die Wege geleitet.“ Gleichwohl werde es nicht bei der Rente mit 67 bleiben. „Wenn die Menschen noch älter werden, müssen wir die Lebensarbeitszeit natürlich weiter verlängern.“



Quellen: MEA; B. Raffelhüschen, Univ. Freiburg

F.A.Z.-Grafik Brocker